

Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2022–2026

18. Sitzung vom 10. April 2024, 19.00 Uhr

Schulhaus Hofern (Aula), Sonnenbergstrasse 28/30, 8134 Adliswil

Anwesend	Reto Buchmann	Präsident
	Julian Bachmann	Urs Künzler
	Harry Baldegger	Wolfgang Liedtke
	Angela Broggini	Gabriel Mäder
	Vera Buchmann-Bach	Heinz Melliger
	Bernie Corrodi	Dominic Muri
	Daniela Eggenberger	Kannathasan Muthuthamby
	Pascal Engel	Simon Schanz
	Xhelajdin Etemi	Daniel Schneider
	Heinz Geissler	Rolf Schweizer
	Silvia Helbling	Jacqueline Schoch
	Sebastian Huber	Christoph Sütterlin
	Urs Huber	Sarah Tosun
	Thomas Iseli	Renata Vasella Billeter
	Martial Jacoma	Martin Weber
	Renato Jacomet	Pascal Welti
	Florian Kälin	Urs Weyermann
Abwesend	Sait Acar	Esen Yilmaz
	Daniel Frei	
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelin	Denise Charaabi-Krenz	
Präsenz Stadtrat	Markus Bürgi	Bildung
	Karin Fein	Finanzen
	Marianne Oswald	Soziales

Felix Keller	Bau und Planung
Mario Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport
Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe
Farid Zeroual	Präsidiales und Einwohnerkontakte

Abwesend

-/-

Traktanden

- 1. Mitteilungen**
- 2. Fragestunde**
- 3. Einbürgerungen**
- 4. Entwicklung Zentrum Ost, Kreditantrag (GGR-Nr. 2023-576)**
Anträge des Stadtrats vom 4. Juli 2023 u. 5. März 2024 und geänderter Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 18. März 2024
- 5. Bericht der Geschäftsprüfungskommission über ihre Tätigkeit im Jahr 2023-2024 (GGR-Nr. 2022-439)**

Eröffnung der Sitzung

Ratspräsident Reto Buchmann

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 18. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2022–2026.

Die Sitzung ist eröffnet.

Gibt es Bemerkungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste genehmigt und wir fahren fort wie vorgesehen.

1. Mitteilungen

Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen seitens des Grossen Gemeinderats drei Entschuldigungen vor, ein Mitglied trifft später ein. Der Stadtrat ist vollzählig.

Zuweisung von Vorlagen

An die Rechnungsprüfungskommission

- Vorlage GGR-Nr. 2015-33; Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2023
- Vorlage GGR-Nr. 2024-24; Verkauf Liegenschaften Soodstrasse 36 a - d und 38

An die Sachkommission

- Vorlage GGR-Nr. 2022-160; Sammlung von Plastikabfällen aller Art auf dem Stadtgebiet und Zuführung zur Wiederverwertung
- Vorlage GGR-Nr. 2022-1285; Siedlungsentwässerungsverordnung (SEVO); Erlass
- Vorlage GGR-Nr. 2023-406; Reglement über die Wasserversorgung (WVR), Erlass

Mitteilungen aus dem Stadtrat

Stadtrat Mario Senn zum Thema "Kriminalstatistik 2023"

Am 25. März 2024 hat die Kantonspolizei wie jeden Frühling die Zahlen zur Entwicklung der Kriminalität veröffentlicht. Es ist mir auch dieses Jahr ein Anliegen, Ihnen daraus zur Kriminalitätsslage in Adliswil zu berichten.

Im ganzen Kanton Zürich kam es zu einer Zunahme der Straftaten im Jahr 2023 von 9% gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg war damit genau gleich gross wie von 2021 zu 2022. Wesentlicher Treiber war dabei die markante Zunahme der Betrugs- und Vermögensdelikte. Dieser Anstieg war gemäss Kantonspolizei zu erwarten. Einerseits hatten sich die Massnahmen gegen die Corona-Pandemie in den Jahren davor mässigend auf die Kriminalität der Vorjahre ausgewirkt. Andererseits sind die steigenden Zahlen nun das Resultat der stetig zunehmenden Einwohnerzahl. Bei den

Tatverdächtigen fällt die Zunahme in der Gruppe der Personen aus dem Asylbereich und der "Kriminaltouristen" mit plus 22% am stärksten aus, wie der Kanton festhält.

Auf dem Gebiet der Stadt Adliswil mussten auch wir 2023 einen Anstieg der Straftaten zur Kenntnis nehmen. Es wurden 768 Straftaten gegen das Strafgesetzbuch (StGB) und das Betäubungsmittelgesetz (BetmG) erfasst, rund 34 oder 4,6% mehr als im Vorjahr. Nachdem wir 2022 gegenüber 2021 noch einen Rückgang von 2,5% feststellen durften, liegen wir nun wieder etwas über den Werten von 2021.

In absoluten Zahlen machen weiterhin die Vermögensdelikte mit 487 Straftaten den Hauptteil der Delikte aus. Darunter versteht man Diebstahl und Raub, aber auch Betrug. Hier haben wir leider einen Anstieg von 15,1% zu verzeichnen.

Erfreulicherweise abgenommen haben hingegen Delikte gegen die sexuelle Integrität auf noch zehn Delikte (- 28,6%), auch wenn es sich dabei immer um schreckliche Ereignisse für die Opfer handelt, sowie gegen das Betäubungsmittelgesetz mit noch 44 Delikten (- 29%). Der Rückgang im Betäubungsmittelbereich dürfte unter anderem auch darauf zurückzuführen sein, dass sich der Handel in den Online-Bereich verlagert.

Natürlich ist ein Anstieg der Gesamtkriminalität nie erfreulich. Immerhin dürfen wir aber feststellen, dass der Anstieg nur halb so hoch war wie im Rest des Kantons und das bei einer spürbaren Bevölkerungszunahme. Zudem durfte im Vorjahr 2022 ein Rückgang festgestellt werden; es gibt also keinen stetigen Trend "nach oben". Aber man muss sich bewusst sein, dass ein Anstieg oder Rückgang der einzelnen Zahlen der Kriminalstatistik immer auch mit der "Anzeigedisziplin" der Geschädigten zusammenhängt.

Dennoch: Die Polizei bleibt in Adliswil weiterhin gefordert. Sie – und damit meine ich Kantons- und Kommunalpolizei gemeinsam – legt die Schwerpunkte bezüglich Kriminalitätsbekämpfung in diesem Jahr auf drei Tatbestandsarten:

- Fahrzeug-Einbruchdiebstähle
- Ladendiebstähle
- Raubstrafaten

Dabei lautet das Credo:

- Die Polizei wird weiterhin unmittelbar auf aktuelle Ereignisse reagieren, dies mittels Fahndung, Ermittlung und Polizeipräsenz, also Prävention durch Sichtbarkeit.
- Die Polizei arbeitet vernetzt mit allen Stellen zusammen.
- Die Polizei wird die Präsenz und den Kontrolldruck hochhalten.

Damit dies gelingt, braucht es neben einer guten Aus- und Weiterbildung der Polizisten und Polizistinnen eine konsequente Zusammenarbeit aller Polizeikräfte. Es freut mich, dass diese Zusammenarbeit in Adliswil zwischen der Kantonspolizei und der Polizei Adliswil – Langnau am Albis ausserordentlich gut klappt. Dies nicht nur, aber auch, wegen dem gemeinsamen Polizeiposten. Denn dieser erlaubt einen unkomplizierten Informationsaustausch, gegenseitige Unterstützung und eine rasche Absprache der Massnahmen.

Ich danke den Angehörigen der Polizei Adliswil – Langnau am Albis und der Kantonspolizei für ihr Engagement Tag und Nacht zu Gunsten unserer Sicherheit.

Falls Sie Fragen zu weiteren Details der Kriminalstatistik haben, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

2. Fragestunde

Zuerst werden die Fragen von **Sebastian Huber (SVP) zum Thema "Erhöhung Aufnahmequote von Asylsuchenden"** aus der Ratssitzung vom 6. März 2024 beantwortet.

Stadträtin Marianne Oswald zur Beantwortung

Ich lese die Fragen diesbezüglich nochmals vor, denn ich nehme an, dass sie nicht mehr alle präsent haben seit dem letzten Mal.

- Wie viele Asyl- und Schutzsuchende halten sich aktuell in Adliswil auf und wie viele davon haben den Schutzstatus S als Bleiberecht?
- Ist die Stadt Adliswil aufgrund der Erhöhung der Asylaufnahmequote verpflichtet, mehr Asylsuchende aufzunehmen und wenn ja, wie viele?
- Können alle zusätzlich Aufzunehmenden in bereits bestehenden Einrichtungen der Stadt untergebracht werden oder muss in Kürze mit einer Umnutzung oder baulichen Massnahmen zur Unterbringung der Asylsuchenden gerechnet werden?

Es ist korrekt, dass die Stadt Adliswil die Quote bis jetzt immer erfüllt, bzw. übererfüllt hat. Dies einerseits durch die angerechneten Plätze in der Sihlau, aber auch durch aktuell unterstützte, aus der Ukraine geflüchtete Menschen mit Status S, so wie ich das im März 2023 ausgeführt habe.

Dass die Quote auf Juli 2024 nochmals erhöht wird, stellt viele Gemeinden vor Probleme. Es ist schwierig zu planen, wenn die Quote dauernd erhöht wird.

Aktuell sieht die Situation in Adliswil so aus:

Neben den 140 Plätzen für das Durchgangs-Zentrum (DZ) Sihlau sind der Stadt Adliswil 159 Personen zugewiesen, das ergibt ein Total von 299 Personen, die angerechnet werden.

Bei einer Einwohnerzahl von 19'660 (Stand 31.12.2023) müssen bei einer Quote von 1,3% 256 Personen aufgenommen werden, wir übererfüllen zurzeit also. Bei einer Quote von 1,6%, also ab 01.07.2024, müssen 315 Personen von der Stadt Adliswil aufgenommen werden. Stand heute müsste die Stadt ab dem 1. Juli 2024 somit zusätzlich 16 Personen aus dem Asylbereich unterbringen.

Die Stadt verfügt aktuell über keine eigenen geeigneten Einrichtungen, die zur Unterbringung von Asylbewerbenden genutzt werden können. Die Personen, die sich momentan in Adliswil aufhalten, leben in Privatunterkünften oder eigenen Wohnungen oder eben im DZ Sihlau. Für die Unterbringung der zusätzlich 16 Personen wird im Moment nach Lösungen gesucht. Mitzählen müssen wir dabei auch die 29 Personen aus dem Asylbereich, die ihre Wohnungen im Isengrund (Isengrundstrasse

6, 8, 10, 12) im 2025 verlassen müssen. In Zusammenarbeit unter anderem mit der Abteilung Liegenschaften werden zurzeit verschiedene Varianten und deren Vor- und Nachteile geprüft. Ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt noch nichts Konkretes sagen kann, solange nichts definitiv ist.

Ratspräsident Reto Buchmann

Eine Frage von Rolf Schweizer (FDP) ist zum gleichen Thema eingetroffen. Das Wort hat **Rolf Schweizer (FDP)**.

Rolf Schweizer (FDP)

In Ergänzung zur Frage von Sebastian Huber möchte ich wissen, was die zusätzlichen Flüchtlinge/Asylsuchenden für das Schulsystem in Adliswil bedeuten?

Stadtrat Markus Bürgi zur Beantwortung

Einleitend möchte ich festhalten, dass in der Schweiz die Bildung ein grundlegendes Recht ist, das unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährt wird.

Ausgehend von den zu erwartenden rund 16 Asylsuchenden und basierend auf unseren Erfahrungen mit dem Durchgangszentrum Sihlau, geht das Ressort Bildung aktuell von drei bis vier zusätzlichen, schulpflichtigen Kindern aus, welche ohne Probleme in den bestehenden Strukturen eingegliedert werden können.

Die aktuell gültige Quote, welche zum grössten Teil über das Durchgangszentrum abgedeckt wird, der andere Teil aus bei Privaten wohnhaften Flüchtlingen, generierte im letzten Jahr je nach Monat zwischen 20 und 40 schulpflichtige Kinder, welche vom Ressort Bildung beschult werden mussten.

Für die in Privathaushalten Untergebrachten, vornehmlich ukrainischen Flüchtlinge, musste während eines Jahres eine zusätzliche reguläre Aufnahmeklasse geschaffen werden. Diese Kinder werden in der Zwischenzeit aber alle in den Regelklassen beschult und die Aufnahmeklasse konnte wieder geschlossen werden.

Die grösste Herausforderung nach Eröffnung des Durchgangszentrums hat sich dahingehend gestellt, dass die Aufenthaltsdauer der Asylsuchenden im DZ sehr kurz ist, in der Regel zwischen zwei Wochen und wenigen Monaten. Da diese Aufenthaltsdauer nicht im Voraus bekannt, resp. variabel ist, ist eine genaue Planung der Kapazitäten relativ schwierig.

Zusätzlich ist ein grosser Teil dieser schulpflichtigen Kinder im Kindergarten- bis Erstklasse-Schulalter, welche in Adliswil normalerweise direkt in den Regelklassen beschult werden. Um die durch die ständigen Wechsel entstandene Unruhe in den Regelklassen der betroffenen Kindergärten (Sihlau) und 1. Klassen (v.a. Wilacker) entgegenzuwirken, hat das Ressort Bildung beim Kanton eine Aufnahmeklasse Asyl beantragt, welche bewilligt wurde und seit 1.1.2024 Kinder des DZ vom Kindergarten bis zur zweiten Klasse aufnimmt. Die älteren Kinder aus dem DZ werden weiterhin in der regulären Aufnahmeklasse beschult, ab Sekundarschulalter aktuell in der Academia in Horgen, welche sich primär auf Sprachintegration fokussiert.

Diese beschriebenen Strukturen bewähren sich in der Praxis sehr gut und ermöglichen die optimale Beschulung aller in Adliswil wohnhaften Schulkinder entlang ihrer jeweiligen Bedürfnisse. Und wie eingangs erwähnt, werden wir auch in der Lage sein, drei bis vier Kinder zusätzlich in die Klassen aufzunehmen.

Wolfgang Liedtke (SP) zum Thema "Mietzinse für auf Sozialhilfe angewiesene Personen"

Die Sozialkommission hatte unter dem Datum vom 15. Dezember 2022 unter anderem beschlossen, die Entwicklung der Mietzinse und die Angemessenheit der Mietzinslimiten für auf Sozialhilfe angewiesene Personen künftig jährlich zu überprüfen.

- Ist diese Überprüfung im Dezember 2023 vorgenommen worden?
- Zu welchem Ergebnis ist diese Überprüfung hinsichtlich der Höhe der Mietzinslimite gekommen?

Stadträtin Marianne Oswald zur Beantwortung

- Ist diese Überprüfung im Dezember 2023 vorgenommen worden?

Die jährliche Überprüfung der Mietzinsrichtlinien wurde von der Sozialkommission in ihrer Sitzung vom 15. Februar 2024 vorgenommen.

- Zu welchem Ergebnis ist diese Überprüfung hinsichtlich der Höhe der Mietzinslimite gekommen?

Die Beträge der Bruttomietzinse für Sozialhilfebeziehende in Adliswil wurden per 1. Februar 2023 angepasst bzw. erhöht. Trotzdem bleiben die Mietkosten und der Mangel an günstigem Wohnraum weiterhin ein grosses Thema.

Erschwerend kommt die Erhöhung des Referenzzinssatzes und der Nebenkosten hinzu. Aus diesem Grund war zu erwägen, die Richtlinien zum Umgang mit erhöhten Mietzinsen anzupassen.

Die Sozialkommission hat die momentane Wohnsituation der Sozialhilfebeziehenden in Adliswil analysiert. Dabei wurde unter anderem überprüft, bei wie vielen der laufenden Dossiers eine Übernormmiete besteht, wie hoch diese ist und wie die Übernormmieten auf die Haushaltsgrössen verteilt sind.

Es wurde festgestellt, dass der Mietzins bei 28% der Dossiers die Mietzinslimiten übersteigt. Eine moderate Erhöhung der Mietzinslimiten hätte jedoch nur wenig Auswirkung auf diesen Prozentsatz, da die grosse Anzahl der Übernormmieten diese – insbesondere bei den Mehrpersonenhaushalten - um mehr als 100 bis 150 Franken übersteigen. Dies kann z.B. der Fall sein, wenn es den Menschen aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht möglich ist, eine Wohnung zu suchen und umzuziehen.

Weiter müssen sich Mietzinslimiten nach Meinung der Sozialkommission auch daran orientieren, welche Mieten für Personen mit einem geringen Einkommen ohne Sozialhilfe finanzierbar sind. Und es soll keine Sogwirkung entstehen.

Deshalb hat die Sozialkommission entschieden, die Beträge der Brutto-Mietzinse für das Jahr 2024 unverändert zu lassen. Angepasst worden sind hingegen die Bedingungen in den Richtlinien zum Umgang mit erhöhten Mietzinsen in Bezug auf Verhältnismässigkeit, Zumutbarkeit, Suchbemühungen, Entscheidungskompetenzen sowie zum Umgang mit Mietzinserhöhungen oder höheren Nebenkosten bei bereits bestehender Sozialhilfe. Die Sozialkommission wird den Erfolg dieser Massnahmen sowie die Richtlinien weiterhin jährlich überprüfen.

Ratspräsident Reto Buchmann

Bernie Corrodi (FW) möchte die Frage zum Thema "Rollsportplatz Tüfi" nicht wiederholen, darum geht das Wort zur Beantwortung direkt an den Stadtrat Mario Senn.

Antwort von Stadtrat Mario Senn

- Wie gedenkt der Stadtrat den Rollsportplatz Tüfi zu sanieren?
- Mit welchen Kosten ist zu rechnen?

Auf dem Rollplatz entstehen bei Regen regelmässig Wasserlachen und Bernie hat sich die Frage gestellt, wie der SR gedenkt, den Platz zu sanieren.

Der Multifunktionsplatz wird während den Sommermonaten von Montag bis Donnerstag vom Rollsport Club Adliswil genutzt, sofern das Wetter trocken ist. Ansonsten steht er der Öffentlichkeit für eine Vielzahl individueller Aktivitäten zur Verfügung. Bei Grossveranstaltungen fungiert der Platz zudem als Overflow-Parkplatz. Während dem Winter verwandelt sich der Platz in den Winterzauber, der Besucher aus nah und fern anzieht.

Der Platz wurde speziell für Rollsportler mit möglichst wenig Gefälle konzipiert. Obwohl die Bildung von Pfützen unerwünscht ist, ist sie unvermeidlich, um die makellose Ebene des Platzes zu erhalten. Entlang des Randes des Platzes wurden bewusst keine Ablaufrinnen angelegt, um die Sicherheit während der Nutzung zu gewährleisten. Es gibt aber in den Randsteinen Wasserdurchlässe, durch welche Wasser in den versickerungsfähigen Randbereichen des Areals ablaufen kann. Ablaufschächte auf dem Spielfeld sind aus Sicherheitsgründen nicht möglich.

Die Häufigkeit der Platzreinigung, speziell das Entfernen von Wasser, richtet sich nach den Wetterbedingungen. Es ist nicht praktikabel, den Platz nach jedem Regenschauer zu säubern, da das Wasser oft innerhalb kurzer Zeit erneut auftreten kann. Die Entfernung des Wassers dauert zirka zwei Stunden. Hierbei kommen zwei Gemeindefahrzeuge unterschiedlicher Grösse zum Einsatz. Aber: Die Entfernung des Wassers ist nicht nur Aufgabe der Stadt, namentlich der Werkbetriebe, sondern auch der Vereine, die den Platz nutzen, namentlich des Rollsport Clubs, welcher auch entsprechende Werkzeuge überreicht bekam, unter anderem bei der Eröffnung von der Stadträtin Carmen Marti Fässler.

Zur Beseitigung von Moos und Algen wurde im Herbst 2023 ein spezielles Mittel eingesetzt, um das Wachstum von Algen und Moos zu verlangsamen.

Eine Optimierung des Multifunktionsplatzes würde eine Anpassung des Gefälles erfordern, was praktisch einem Neubau gleichkommen würde. Eine präzise Kostenschätzung erfordert daher eine Projektierung, da die Kosten je nach gewählter Massnahme variieren können. Entsprechend kann ich die Frage nach den Kosten so nicht beantworten.

Vera Buchmann-Bach (FDP) zum Thema "Schutz der jüdischen Einrichtungen in Adliswil"

Seit dem Terroranschlag der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 erleben wir auch in der Schweiz leider wieder eine Welle von Antisemitismus mit dem schrecklichen Höhepunkt des Mordversuchs auf einen jüdischen Mitbürger in Zürich am 2. März 2024.

Auch in Adliswil gibt es jüdische Einrichtungen, in denen sich Jüdinnen und Juden aus der Region treffen.

- Werden die jüdischen Einrichtungen in Adliswil aufgrund der Sicherheitslage speziell geschützt?
- Gibt es Sicherheitsvorkehrungen, bei welchen die Stadt Adliswil resp. die Kapo/ Stapo mithilft? Falls ja, wie lange werden sie so bestehen bleiben?
- Gibt es Möglichkeiten, die Sicherheit der Einrichtungen langfristig zu verbessern, zum Beispiel durch Leitplanken/Poller/Findlinge zur Strasse hin?

Stadtrat Mario Senn zur Beantwortung

- Werden die jüdischen Einrichtungen in Adliswil aufgrund der Sicherheitslage speziell geschützt?

Vorab möchte ich festhalten, dass es dem Stadtrat wichtig ist, dass sich hier ALLE sicher fühlen.

Es gibt in Adliswil einen Gebetsraum der jüdischen Gemeinschaft. Diese Einrichtung wurde von der Polizei - der Polizei Adliswil - Langnau a. A. und der Kantonspolizei - seit Oktober 2023 polizeilich verstärkt überwacht, sogenannt "berundet". Gleichzeitig steht die Polizei, im Lead ist die Kantonspolizei, in permanentem Kontakt mit der Leitung bzw. den Sicherheitsverantwortlichen des Gebetsraums.

Unmittelbar nach dem schrecklichen Messerangriff auf einen jüdischen Mann Anfang März 2024 wurde der polizeiliche Schutz verstärkt. Aufgrund der geringen Grösse unserer eigenen Polizei erhielt sie dafür ab Mitte März willkommene Unterstützung durch die Kantonspolizei, nachdem ich dies beim Kanton beantragt hatte.

- Gibt es Sicherheitsvorkehrungen, bei welchen die Stadt Adliswil resp. die Kapo/ Stapo mithilft? Falls ja, wie lange werden sie so bestehen bleiben?

Gemäss Polizeiorganisationsgesetz werden sicherheitspolizeiliche Aufgaben durch Kommunal- und Kantonspolizei gemeinsam erfüllt. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten und Einsatzarten. Die Einsätze werden gestützt auf eine Lagebeurteilung geplant. Dabei handelt es sich um polizeitaktische Einzelheiten, die ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen kann. Auch kann ich nicht weiter ausführen, ob und wie lange welche Massnahmen weitergeführt werden. Dafür bitte ich um Verständnis.

- Gibt es Möglichkeiten, die Sicherheit der Einrichtungen langfristig zu verbessern, zum Beispiel durch Leitplanken/Poller/Findlinge zur Strasse hin?

Ja, solche Möglichkeiten gibt es. Der Gebetsraum befindet sich aber auf einem privaten Grundstück. Entsprechend liegt der Ball bei den Grundeigentümern bzw. der jüdischen Gemeinschaft.

Angela Broggin (GP) zum Thema "Raumentwicklungskonzept (REK)"

Im Rahmen des REK (Raumentwicklungskonzept) wurde ein Projektausschuss bestimmt. Es ist vorgesehen, dass die Bevölkerung in den Prozess einbezogen wird.

- Wir möchten wissen, wann, wie und in welchem Umfang?
- Wie werden Naturschutz-Anliegen aufgenommen?
- Werden Fach-Organisationen dazu eingeladen?

Stadtrat Felix Keller zur Beantwortung

Die Bevölkerung wird zu Beginn des REK-Prozesses im Rahmen einer Bevölkerungsumfrage aufgefordert werden, sich zu äussern. Dies geschieht voraussichtlich im 3. Quartal 2024. Im Stadtbrief soll darauf aufmerksam gemacht werden.

Im Rahmen der Erarbeitung des REK werden dann zwei Veranstaltungen durchgeführt. Diese Anlässe werden erst noch organisiert, sollen aber eine adäquate Beteiligung der Bevölkerung und der verschiedenen Vereine, Gruppierungen, Parteien usw. ermöglichen. Dabei sollen diese ihre Anliegen, Meinungen und Ideen einbringen. Es ist ganz wichtig, dass wir möglichst viele Inputs bekommen. Die Veranstaltungen finden voraussichtlich zwischen Herbst 2024 und Frühjahr 2025 statt.

Das Ergebnis der Planung und der Bevölkerungsbeteiligung wird dann in einer Werkschau vorgestellt (voraussichtlich 2. Quartal 2025) und bildet die Grundlage, für die später folgende Revision der Bau- und Zonenordnung. Zu den Sitzungen des Projektausschusses können, je nach Thematik, neben den Verwaltungsfachleuten auch andere Fachleute hinzugezogen werden.

Xhelajdin Etemi (SP) zum Thema "Diebstahl von Fahrräder und Trottinett bei Schulhäusern"

In den Schulhäusern ist in letzter Zeit mehrmals vorgekommen, dass Fahrräder und Trottinetts aufgeschlossen und gestohlen wurden.

- Welche präventiven Massnahmen sieht der Stadtrat vor, damit weniger Vorfälle stattfinden?

Stadtrat Mario Senn zur Beantwortung

Ich beantworte diese Frage in Absprache mit dem Ressort Bildung. Zu Beginn der Sitzung habe ich über die Kriminalstatistik informiert. Die Anzahl Fahrzeugdiebstähle ist von 2022 zu 2023 tatsächlich gestiegen, von 32 auf 48 Delikte. Aber: Einerseits sind damit auch Autos eingerechnet und andererseits sind wir immer noch tiefer als 2020, als rund 60 solche Delikte registriert wurden. Es handelt sich dabei aber natürlich immer um Diebstähle, die auch zur Anzeige gebracht wurden. Es reicht nicht, sich nur bei der Schule zu beschweren.

Fahrrad- und Trottinett-Diebstähle in Schulhäusern sind wenig bekannt bzw. sie wurden kaum zur Anzeige gebracht. Das Gros der Diebstähle findet also anderswo statt. In erster Linie ist es immer Aufgabe der Besitzer, ihr Fahrzeug richtig zu sichern, also abzuschliessen. Darüber hinaus markiert die Polizei in einem beschränkten Ausmass auf Schulhausplätzen Präsenz. Die Chance, damit einen Velo- oder Trottinett-Diebstahl zu verhindern, ist jedoch sehr gering. Man müsste einen Dieb oder eine Diebin in flagranti erwischen, was relativ unwahrscheinlich ist.

Möchte man eine lückenlose Überwachung von Veloständern bei Schulhäusern sicherstellen, müsste man dies mit Videokameras machen. Die Videokameras auf den Schularealen sind aber auf die Verhinderung von Sachbeschädigungen an den Schulhausbauten ausgerichtet und so positioniert. Sie sind zudem auch nur ausserhalb der Schulzeiten in Betrieb. Ob man eine Ausdehnung der Videoüberwachung räumlich wie auch zeitlich will, ist vor allem eine sehr heikle, politische Frage. Mit Blick auf die geringen Fallzahlen sind solche Videoüberwachungen bei Schul-

häusern wohl unverhältnismässig. Die Lehrpersonen sind auf das Thema sensibilisiert. Sie weisen die Schulkinder regelmässig darauf hin, ihre Fahrzeuge korrekt abzuschliessen sowie auch an festen Gegenständen bzw. an den entsprechenden Ständern zu befestigen. Diese präventive Tätigkeit ist mindestens genauso wichtig wie eine sporadische Polizeipräsenz.

3. Einbürgerungen

Es wurden 16 Einbürgerungsgesuche gutgeheissen. Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes nicht im Protokoll.

4. Entwicklung Zentrum Ost, Kreditantrag (GGR-Nr. 2023-576)

Anträge des Stadtrats vom 4. Juli 2023, 5. März 2024 und geänderter Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 18. März 2024.

Mit dem SRB 2023-194 stellt der Stadtrat den Kreditbedarf für die fünf Bausteine Gebäude am Brückenkopf, Park, Sihlufer, Sihlsteg und Erschliessung für die Projektentwicklung SIA Teilphase 21, die Projektierungswettbewerbe SIA Teilphase 22 sowie die Erarbeitung der Vorprojekte SIA Teilphase 31.

Mit SRB 2024-40 wird die Bildung einer vorberatenden Kommission geregelt.

Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission beantragt die Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat. Eine Minderheit der Rechnungsprüfungskommission unterstützt den Antrag des Stadtrats.

Über diesen Rückweisungsantrag werden wir nach erfolgtem Eintreten, so denn auf die Vorlage überhaupt eingetreten wird, zu Beginn der Detailberatung beschliessen.

Für den Fall, dass das Geschäft nicht zurückgewiesen wird, mache ich Sie darauf aufmerksam, dass es der Ausgabenbremse untersteht.

Eintretensdebatte

Silvia Helbling (FDP), Präsidentin der Rechnungsprüfungskommission

Ein Gesamtkonzept des Stadtrats zeigt, dass das Areal Zentrum Ost mit einem hochwertigen, nachhaltigen Konzept der Bauten, Freiräume und Erschliessung entwickelt werden soll. Gemäss Zeitplan dauert die Gesamtentwicklung ca. fünf Jahre bis mit der effektiven Umsetzung begonnen werden kann.

Der Stadtrat hat zudem einen Bericht zum Zielbild und der Entwicklungsstrategie festgesetzt. Dieser Bericht enthält Informationen über die angestrebte Entwicklung auf dem Areal Zentrum Ost und über das Vorgehen mit den vier Hauptzielen, Gesamtkonzept, Freiraum & Park, Kultur & Begegnung sowie weitere Nutzungen. Die Inbetriebnahme des Zentrums Ost wird auf 2030 veranschlagt, was im Projektzeitplan ausgewiesen wird. Der Projektierungskredit gilt für ein Projekt, das sich mit der Umsetzung über ca. sieben Jahre erstrecken wird und mit den geplanten Massnahmen ca. 16,5 Millionen Franken mit einer Marge von plus/minus 25% kosten wird.

Der Projektkreditantrag beläuft sich auf 1,545 Millionen Franken. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den Kosten der Phase 0 mit 60'000 Franken, mit 355'000 Franken für Phase II, die unter anderem Konzeptarbeiten für die Bausteine sowie auch Machbarkeitsstudien umfassen. Die Kosten für Phase III, die Wettbewerbsverfahren sowie Vorprojekte umfassen, werden mit 1 Million Franken veranschlagt.

Der Stadtrat zeigt im geplanten Vorgehen auf, dass ein partizipatives Verfahren in der Entwicklung des Projekts eingesetzt wird, das die Mitwirkung der Interessensgruppen gewährleistet. In der dafür eingesetzten vorberatenden Kommission werden auch Vertreter aller politischen Parteien Einsitz nehmen. Die genaue Zusammensetzung dieses Gremiums, das ca. 20 Mitglieder umfassen wird, hat der Stadtrat festgesetzt und kommuniziert. Wie der Name der Kommission bereits aussagt, ist die Mitwirkung beratend und die Entscheidungshoheit liegt beim Stadtrat. Erst am Ende der Entwicklungsphase wird das Gesamtprojekt mit der entsprechenden geplanten Ausarbeitung und den daraus resultierenden Kosten dem Grossen Gemeinderat zur Annahme vorgelegt.

Die Rechnungsprüfungskommission hat sich eingehend mit den Rahmenbedingungen des Gesamtprojekts befasst und die Risiken der Unsicherheiten resp. die finanziellen sowie die finanzpolitischen Risiken analysiert.

Aufgrund der oben genannten Rahmenbedingungen erachtet die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission die Ausarbeitung eines Gesamtprojekts als anspruchsvoll und mit relativ grossen Unsicherheiten behaftet. Dabei wurden auch Erfahrungen anderer Gemeinden zu dem partizipativen Verfahren in diversen Gesprächen erörtert. Die Ergebnisse dieser Gespräche ergaben, dass ein solches Verfahren sehr zeitintensiv ist. Die Qualität der Entscheidungen am Ende des Projektes war nicht eindeutig zu bestimmen, da einige dieser Projekte noch nicht abgeschlossen sind. Die Gemeinden berichteten, dass sich die vorberatenden Kommissionen aus max. 6 bis 8 Mitgliedern zusammensetzten. Die vom Stadtrat geplante vorberatende Kommission von ca. 20 Mitglieder ist also viel grösser. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission hat diesbezüglich Bedenken, dass durch eine solch grosse Kommission das Verfahren verzögert wird, wie auch die finanziellen Kosten tendenziell erhöht werden.

Der Projektierungskredit setzt sich zusammen aus den geschätzten Kosten der einzelnen Bausteine des Projekts. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission findet, dass der Projektierungskredit auf einem Gesamtprojekt basiert, welches mit sehr grossen Unsicherheiten und unbekanntem Ausgehen über eine relativ lange Projektierungsphase behaftet ist. Dies wird unter anderem ersichtlich in den Vorgaben der Rahmenbedingungen, die sehr unsicher für die Abschätzung der Kosten sind. Es wird nach der Meinung der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission eine relativ grosse Marge einkalkuliert wie z.B. bei den Kosten für das Wettbewerbsverfahren und den Kosten für das Vorprojekt von je 500'000 Franken für die vier Bausteine.

Die Mehrheit fordert den Stadtrat daher auf, das Projekt zu überarbeiten unter Einbezug der nachfolgenden Überlegungen:

- Abänderung des Gesamtprojekts in eine sequenzielle Projektierung: Durch die sequenzielle Projektierung einzelner Bausteine kann der Fortschritt des Gesamtprojekts besser gesteuert und optimiert werden, um die Unsicherheiten und die dadurch einhergehenden finanziellen Risiken zu mindern. Somit können

frühzeitig Anpassungen an aktuelle Bedürfnisse und Gegebenheiten vorgenommen werden, falls erforderlich. Wie wir feststellen, können heutzutage Situationen allgemein sehr schnell ändern im Vergleich zu ein paar Jahren früher. Zudem können Ressourcen effizienter genutzt werden und potenzielle Probleme frühzeitig erkannt und behoben werden, bevor sie sich auf das gesamte Projekt auswirken.

- Festsetzung einer Kreditobergrenze für die einzelnen Bausteine: Es sollte zwingend ein Maximalbetrag pro Baustein festgesetzt werden, um einen präziseren finanziellen Rahmen für das Gesamtprojekt zu gewährleisten.
- Einzelne Beschlussfassungen pro Baustein durch den Grossen Gemeinderat während den Projektphasen: Dadurch wird eine echte Partizipation der Fraktionen sichergestellt und die politischen Rechte während des Verfahrens werden damit gewährleistet. Ein solches Vorgehen gibt die in der heutigen Zeit nötige Flexibilität, um auf Veränderungen insbesondere bezüglich städtischem Finanzhaushalt zu reagieren.

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat Adliswil mit 4:3 Stimmen auf die Vorlage einzutreten und den geänderten Antrag gut zu heissen und damit den Verpflichtungskredit aufgrund der obgenannten Gründe zurückzuweisen. Eine Minderheit folgt dem Antrag des Stadtrats und befürwortet das Projekt.

Das Votum für die Minderheit wird Pascal Welti halten.

Pascal Welti (GP)

Wie von Silvia Helbling angesprochen, begrüsst eine knappe Minderheit der Rechnungsprüfungskommission das Projekt des Stadtrats und befürwortet den vorgelegten Projektierungskredit.

Nach dem Scheitern des letzten Projekts 2019 ging der Stadtrat über die Bücher und ging das Ganze komplett neu an, setzte auf einen partizipativen Ansatz, um die Bedürfnisse der Bevölkerung abzuholen. Aus der Bevölkerungsbefragung und der darauf eingesetzten Echogruppe, in der sich alle, auch politischen, Parteien eingeben konnten, kam als erstes Bedürfnis ein Park aufs Parkett, nicht zuletzt wohl ein Resultat der Bautätigkeit der letzten Jahre.

So wurde entschieden, den Park als erstes zu realisieren, zusammen mit den sowieso sanierungsbedürftigen Grundsteinhäusern. In Zusammenarbeit mit der Firma Metron, die auch schon Erfahrung hat mit partizipativen Verfahren, wurden klare Module entwickelt - Grünraum, Uferpromenade mit Sitzstufen, Sihlsteg und Grundstein-Häuser - die im letzten September präsentiert wurden. Die Baufelder an der Zürichstrasse bleiben vorerst frei für künftige Bedürfnisse.

Diese Vorlage soll jetzt einer Spezialkommission zur weiteren Entwicklung zugeteilt werden. Die Zusammensetzung wurde vom Stadtrat vor kurzem festgesetzt. Einige haben Bedenken an diesem Verfahren, doch Entscheidungsträger bleibt nach wie vor der Stadtrat, alles kommt auch wieder vor diesen Rat. Der Prozess ist so aber breiter abgestützt, im Idealfall demokratischer.

Ja, das Projekt ist gross und teuer. Grob werden etwa 17 Millionen Franken geschätzt mit einer relativ grossen Marge von +/- 25%. Es gilt aber auch zu bedenken, dass die Grundsteinhäuser sowieso saniert werden müssen, dies wäre dann ohne

Mehrwert und würde auch gegen 5 Millionen Franken kosten. Und hier geht es letztlich 'nur' um einen Projektierungskredit von 1,545 Millionen Franken und die Minderheit der Rechnungsprüfungskommission ist der Meinung, dass dieses Projekt eine Chance verdient, konkretisiert zu werden. Eine Rückweisung bewirkt weitere Verzögerungen und es ist zweifelhaft, ob das Anliegen dadurch oder durch eine weitere Zerstückelung günstiger wird, wenn es denn überhaupt realisiert wird.

Die Minderheit der Rechnungsprüfungskommission unterstützt daher diesen Projektierungskredit. Wir möchten dem Projekt eine Chance geben, vom jetzigen, etwas traurigen Zustand, zu einer potentiellen Visitenkarte Adliswils zu werden.

Christoph Sütterlin (GLP)

Schauen wir die finanziellen Aspekte dieses Geschäfts etwas genauer an. Wir sprechen jetzt 1,5 Millionen Franken, um einen Prozess auszulösen, der dann 8 bis 19 Millionen Franken kosten wird. Schauen wir die Jahre in der Zukunft an mit den Sachen, die wir schon wissen. Ich nehme die Jahre 2026 bis und mit 2030. Wir wissen zum Beispiel, dass wir in dieser Zeit Darlehen von 30 Millionen Franken zurückzahlen könnten. Das heisst, wir brauchen mindestens diese 30 Millionen Franken, wenn wir sie zurückzahlen wollen. Pro Jahr geben wir etwa 10 bis 15 Mio. für Investitionen aus. Das sind 50 Millionen Franken Grundinvestitionsbedarf. Damit sind wir bei 80 Millionen Franken. Dann haben wir noch grössere Investitionen, die hier nicht enthalten sind, wie vielleicht eine Renovation einer Schule, Bau einer neuen Schule, die Unterführung Sood, dies kostet alles.

Finanzierung, ja vielleicht wird sie extern übernommen, vielleicht aber auch nicht. Das ergibt einen totalen Cash-Bedarf dieser Periode von 100 bis 110 Millionen Franken. Der Forecast, die Zahlen, die uns heute vorliegen, wie sich der Cashflow, das Geld, welches wir haben, entwickelt, um das alles zahlen zu können, sprechen wir in den Jahren 2026/2027 gerade einmal von 10,2 Millionen Franken, gerechnet auf 5 Jahre sind das 25 Millionen Franken. Wir wissen, dass wir ein wenig mehr Steuereinnahmen haben werden, aber dann reden wir immer noch davon, dass wir vielleicht 50 Millionen Franken haben werden, aber 100 Millionen Franken brauchen. Auch wenn wir die Darlehen von 30 Millionen Franken nicht zurückzahlen, fehlen uns immer noch etwa 20 bis 30 Millionen Franken.

Vielleicht kommt die Grundstückgewinnsteuer, vielleicht die MAG, vielleicht auch nicht. Fakt ist einfach, mit einem «Ja» zu diesem Geschäft werfen wir nochmals 8 bis 19 Millionen Franken auf diesen Haufen, von dem wir nicht genau wissen, wie wir ihn finanzieren sollen.

Während wir also immer noch verschuldet sind, sollen wir uns eine so grosse Anzahlung leisten für etwas, das wir uns je nach Umfang nicht ohne weitere Verschuldung leisten können, um das Bedürfnis Freizeit abzudecken? Eine Mehrheit der Mitte/GLP/EVP-Fraktion ist damit nicht einverstanden.

Die Fraktion ist sich jedoch mehrheitlich einig, dass Handlungsbedarf besteht. So wäre ein Teil der Fraktion bereit gewesen, einen kleineren Betrag zu sprechen, um gewisse Projektstufen schon umsetzen zu können und die finanziellen Aspekte und den Umfang des Projekts etwas genauer kennenlernen zu können. Deshalb werden sie die Rückweisung des Geschäftes mit folgendem, zusätzlichem Wunsch unterstützen: Darlegen realistischer Finanzierungsmöglichkeiten und klare Einordnung in die Gesamtfinanzsituation Adliswils.

An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass die Mehrheit der Fraktion grundsätzlich mit der Ausgestaltung des Projektes zufrieden ist, sich aber mehrheitlich mit der Finanzierung schwertut und den Stadtrat trotz der Rückweisung ermutigen möchte, in Zukunft weitere/erste Projekte mit einem partizipativen Verfahren durchzuführen.

Wolfgang Liedtke (SP)

Seit Mitte der sechziger Jahre wird die Gestaltung des Areals Zentrum Ost geplant, was wahrscheinlich nicht alle wissen. Das heisst die Gemeinde hat über Jahrzehnte Liegenschaften und Boden gekauft, Gebäude teils voreilig abgerissen, in mehreren Anläufen ein Stadthaus geplant und verworfen. Vor zehn Jahren wurde eine Überbauung mit vorwiegend Wohnungen geplant und vom Stimmvolk abgelehnt.

Der Stadtrat hat beim Neustart der Entwicklung des Areals Zentrum Ost einen sehr positiven Ansatz gewählt; einen partizipativen. Das bedeutet grosse Teile der Bevölkerung werden einbezogen. Die Partizipation hat bei der Neudefinition des Kulturleitbildes sehr gut funktioniert.

Beim Zentrum Ost wurde das partizipative Verfahren damit begonnen, dass eine so genannte Echogruppe, besetzt mit Vertretern von politischen Parteien und Vereinen, ein Zielbild entwickelte. In einer Umfrage, an der alle Einwohner Adliswils teilnehmen konnten, wurden die Präferenzen für die Elemente dieses Zielbildes abgefragt. Das Ergebnis dieser Umfrage hat gezeigt, dass ein Konzept für Begegnung und Kultur eine Zustimmung von über 80 Prozent erhalten hat. Die Bevölkerung hat sich mehrheitlich für einen Park, einen Veranstaltungssaal und Räumlichkeiten für Vereine und Kultur ausgesprochen sowie für Gastronomie und Gewerbe.

Eine äusserst knappe Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (durch Stichentscheid der Präsidentin) spricht sich für eine Rückweisung des Antrags des Stadtrats aus und formuliert dazu einen Auftrag, der in Teilen unklar und deshalb nicht umsetzbar ist. So lautet ein Auftrag, die Bausteine zu sequenzieren. Soll das heissen, dass zunächst jeder einzelne Baustein konkretisiert werden muss, bevor man sich mit dem nächsten Baustein auseinandersetzt? Jeder Baustein soll ausserdem eine Kreditobergrenze erhalten. Schliesslich soll der Grosse Gemeinderat jeden einzelnen Baustein genehmigen. Es wird nicht klar, wann die Genehmigung des Grossen Gemeinderats für die einzelnen Bausteine erfolgen soll: vielleicht jeweils vor den Projektierungswettbewerben, also beim Wechsel von Teilphase 21 nach 22. Vermutlich befinden wir uns dann noch in zehn Jahren im Vorprojekt.

Es geht bei diesem Projekt um eine gesamtheitliche Gestaltung des Areals und nicht um Einzelprojekte. Ich frage mich, wie ein schlüssiges Gesamtkonzept entstehen kann, wenn auf diese Weise in die Projektdefinition und damit in den Masterplan eingegriffen werden soll.

Völlig überflüssig ist die jeweilige Zustimmung des Grossen Gemeinderats zu den einzelnen Bausteinen. In der beratenden Kommission sollen je zwei Vertreter der hier im Rat vertretenden Parteien einsitzen. Fast die Hälfte des Grossen Gemeinderats ist also in das Vorprojekt eingebunden. Wenn das als Kontrolle nicht ausreicht! Ausserdem benötigt später das eigentliche Bauprojekt ohnehin die Zustimmung des Gemeinderats.

Für mich klingt die Rückweisung, als wenn man das ganze Projekt torpedieren und damit den Willen der Bevölkerung missachten wollte. Die von der Mehrheit formulierte Rückweisung würde eine unnötige zeitliche Verzögerung bei der Beseitigung

der Branche im Herzen Adliswils bedeuten. Dieses Vorgehen würde keine Minderung der finanziellen Risiken mit sich bringen, sondern durch Mehraufwand und zeitliche Verzögerungen zusätzlichen Kosten verursachen.

Ich fasse zusammen:

1. Es ist nicht klar, wie die Sequenzierung der Bausteine in den Ablauf von SIA 112 integriert werden soll.
2. Kreditobergrenzen für einzelne Bausteine verhindern ein schlüssiges Gesamtkonzept, haben aber keine finanziellen Auswirkungen im Vorprojekt.
3. Die Genehmigung der einzelnen Bausteine durch den Gemeinderat führt zu zeitlicher Verzögerung und damit zur Verteuerung des Vorprojektes und des gesamten Projektes. Sie ist ausserdem unnötig, weil der Gemeinderat mit 16 Vertretern in der beratenden Kommission vertreten sein wird und ausserdem dem Projekt nach Abschluss des Vorprojektes zustimmen muss.

Die SP-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag der Rechnungsprüfungskommission ab und folgt dem Antrag des Stadtrats und damit dem Minderheitsantrag der Rechnungsprüfungskommission.

Sebastian Huber (SVP)

Dass sich auf dem Areal Zentrum Ost etwas bewegen muss, bestreitet auch in unserer Fraktion niemand. Wir haben dieses Geschäft auf Herz und Nieren geprüft und uns die Projektierung genau angeschaut. Wir sind mit der Ausarbeitung des Projekts und dem Vorschlag des Stadtrats einverstanden. Es scheint, als hätte der Einbezug verschiedener Anspruchsgruppen durchaus einen positiven Output auf das neue Projekt.

Und so sieht sich der Stadtrat durchaus bestätigt, dass diesmal seine Ideen beim Volk Anklang finden und nicht, wie bei der letzten Abstimmung über das Zentrum Ost, eine Abfuhr erhalten werden.

Offensichtlich sieht dies die zuständige Kommission anders. Sie verlangt, dass das Geschäft an den Absender zurückgewiesen wird und Nachbesserungen getätigt werden. Aus unserer Sicht sind die Bedenken der Rechnungsprüfungskommission durchaus plausibel. Die Forderungen sind sicher nicht schlecht,

- Sequenzierung einzelner Bausteine zur effizienten Steuerung des Projekts,
- Festlegung klar definierter Kreditobergrenzen für einzelne Bausteine, und
- Genehmigung einzelner Bausteine durch den Grossen Gemeinderat.

falls es zu einer Rückweisung kommen sollte.

Für uns sind die einmal mehr ausufernden Kosten, welche auch bei diesem Projekt offensichtlich nicht im Blick der zuständigen Instanzen sind, unverständlich. Auch die exorbitanten Projektierungskredite in Millionenhöhe machen uns sehr stutzig. Als fast schon frech erachten wir die ständige, potenzielle und überhaupt nicht sichere Einkalkulierung der Mehrwertabgabe. Diese Budgetierung ist aus unserer Sicht fahrlässig. Mal abgesehen davon, dass noch gar nicht absehbar ist, wann denn diese Zahlungen eintreffen könnten. Leider sind wir uns nichts anderes gewohnt, es werden minus 4 Millionen Franken budgetiert und dann 17 Millionen Franken plus gemacht.

Zurück zum Thema: Wir finden es gut, dass die Parteien und Vereine miteinbezogen werden und eine vorberatende Kommission eingesetzt werden soll. Dass hier jedoch die demokratischen Kräfteverhältnisse völlig ausser Acht gelassen werden, finden wir doch etwas speziell. Ich kann mir persönlich nicht vorstellen, dass z.B. die Grünen einen gleich hohen Wähleranteil haben wie die SVP, und demnach gleich viele Vertreter stellen dürfen.

Gänzlich fehlt uns im Projekt eine Planung zu Gewerbe-Räumen, Gäste-Parkplätzen und Restaurationen. Ohne diese scheint uns eine finanzielle Abgrenzung unmöglich. Auch die Schwammigkeit in Bezug auf die Geschehnisse betreffend den Grundsteinhäusern, zeigt für uns eine unklare Projektierung.

Auch aus unserer Sicht gibt es also an diesem Antrag noch einige Punkte, die nachgebessert werden müssen, bevor wir zustimmen können. In der Schule gäbe es für diesen Kreditantrag definitiv die Note ungenügend. Die Schüler sollten nochmals über die Bücher und dann einen solideren Antrag hier dem Grossen Gemeinderat vorlegen.

Die Zeit, wo der Grosse Gemeinderat die Projekte und Kreditanträge des Stadtrats blind und wohlwollend durchgewinkt hat, ist Gott sei Dank vorbei.

In diesem Sinne unterstützen wir die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission und unterstützen die Rückweisung dieses Antrages.

Angela Broggin (GP)

Zuerst möchte ich dem Stadtrat danken für die Planung und Vorbereitung dieses Projektes Zentrum Ost und für den vorgelegten Projektierungskredit.

Die Phase der Entwicklung und Planung dieses Gebietes hat schon viel zu lange gedauert. Einsprachen und Initiativen, die das Projekt im Laufe der Jahre aufgehoben haben, zeigen, wie zentral und auch emotional das Thema für unsere Stadt ist. Es hat gezeigt, dass es einen Mitwirkungsprozess von vielen Seiten braucht und nicht eine Instanz alleine, seine Ideen vorantreiben kann.

Das Zentrum Ost bietet den perfekten Raum, um unsere Stadt zu präsentieren. Mitten in der Stadt, Sihl-Anstoss und mit prominenten, Identifikation stiftenden Gebäuden. Mit diesem Projekt haben wir wirklich die Möglichkeit, ein Signal zu senden, dass unterschiedliche Interessen in die städtische Entwicklung einfließen können.

Dieses Projekt ist mehr als nur eine städtebauliche Maßnahme; es wird zeigen, wie die Stadt Adliswil sich präsentieren will und wofür sie bereit ist, Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ich möchte hier nicht Zahlen wälzen, aber ich glaube, wenn wir wie Du, Chris, rechnen würden, kämen wir nie zu diesem Projekt. Weil dann werden wir nie Geld haben, um etwas zu realisieren.

Durch die Umgestaltung des brachliegenden Grundstücks in ein Zentrum des sozialen Lebens, wie es sich unsere Bevölkerung wünscht, wird das Zentrum aufgewertet und unsere Stadt lebenswerter gemacht. Mittlerweile sind die Planung und die Entwicklung dieses Projekts das Ergebnis jahrelanger Arbeit und Engagement vieler Beteiligter. Die Meinungen und Bedürfnisse vieler Bürgerinnen und Bürger konnten einfließen und unterschiedliche Interessensgruppen konnten ihre Meinungen einbringen. Wir hatten die verschiedenen Partizipationsprozesse. Echogruppe und Bevölkerungsumfragen wurden berücksichtigt. Das Projekt ist eigentlich ein Beispiel dafür, wie Bürgerbeteiligung in der Praxis aussehen könnte; wie über politische

Grenzen hinaus zusammengearbeitet werden kann und wie etwas geschaffen werden kann, das vielen zugutekommt.

Wir finden, dass es jetzt an der Zeit ist, diese Ziele konkret anzugehen. Der Stadtrat hat uns einen Projektierungskredit vorgelegt, um die vereinbarten Vorhaben angehen zu können. Jetzt sollten wir das Projekt in Angriff nehmen, im Sinne von Allen, die beim Entwurf mitgewirkt haben. Das waren wir alle, die Bevölkerung und die Interessensgruppen. In dem Sinne wollen wir, dass die Partizipation ernst genommen wird und in diesem Sinne nun weitergearbeitet wird. Es ist Zeit, dass wir jetzt beginnen, die Zukunft des Zentrum Osts zu gestalten.

Die Grüne Partei stimmt heute für den Projektierungskredit wie vom Stadtrat beantragt.

Heinz Melliger (FW)

An der Sitzung vom 18.3.2024 hat die Rechnungsprüfungskommission dem vorliegenden Geschäft Zentrum Ost mit 4 zu 3 Stimmen der Rückweisung mit Stichtenscheid der Präsidentin Silvia Helbling (FDP) zugestimmt. Also ist wieder einmal bei einem Geschäft mit einer ganz knappen Entscheidung gegen den Antrag des Stadtrats gestimmt worden. Einige von Euch Ratsmitgliedern können sich wahrscheinlich nicht mehr an die Vorgeschichte dieses Projekts erinnern, deshalb eine kleine Nachhilfe von mir. Das ursprüngliche Geschäft Stadthausareal im Jahr 2018 hat den Verkauf von etwa 58% der Fläche an einen Investor unter dem Marktwert umfasst, während der Rest der Fläche des ehemaligen Stadthausareals im Baurecht abgegeben hätten werden sollen. Aber die gesamte Fläche war zum Überbauen geplant. Die Freien Wähler haben damals mit den Grünen, der GLP und der SP gegen das Projekt angekämpft, aber im Parlament schlussendlich die Abstimmung verloren. Nur wegen einer Stimmrechtsbeschwerde zweier Adliswiler Stimmbürger wurde der Ratsbeschluss durch einen Beschluss des Verwaltungsgerichts aufgelöst und ist an den Stadtrat zurückgewiesen worden. So hat der Stadtrat das Projekt vors Volk bringen müssen und dieses hat es am 19. Mai 2019 mit einer deutlichen Mehrheit von 60,9% abgelehnt, also das Volk hatte entschieden. Dies war die Grundsteinlegung für eine neue Gestaltung dieses Areals, über die wir heute sprechen. Die Befürworter des Geschäfts Stadthausareal drohten uns Gegnern damals an, wir würden über mehrere Jahrzehnte eine Brache haben. Tatsächlich ist dieses Areal noch immer nicht neu gestaltet, sondern nur provisorisch genutzt. Deshalb wundert es mich schon, dass jetzt dieses neue, vorliegende Projekt an den Stadtrat zurückgewiesen werden, und noch mehr Verzögerung erleiden soll. Aber nein, eigentlich wundert es mich doch nicht, denn es sind die gleichen Parteien, die damals vom Volk eine Abfuhr erhielten, die das neue Projekt jetzt blockieren wollen. Sonst würde ja ihre versprochene Brache bald wieder verschwinden.

Am heutigen Geschäft fielen mir zwei Dinge auf, die ich unbedingt aufnehmen möchte.

Erstens, das Geschäft wurde vor ziemlich genau 9 Monaten den Kommissionen übergeben. Man muss sich schon fragen, warum das so lange gedauert hat und was so viel Zeit in Anspruch nahm. Andere Geschäfte wurden in der Rechnungsprüfungskommission innert 30 Tagen abgewickelt, aber das war hier nicht möglich. Vielleicht müsste dieser Fall der Geschäftsprüfungskommission übergeben werden, um abzuklären, welche Dauer für so ein Geschäft etwa üblich wäre.

Zweitens, die Rechnungsprüfungskommission stimmt bei einem Geschäft für eine Rückweisung, welches eigentlich den Volkswillen widerspiegelt. Da frage ich mich, ob die Kommission den Auftrag des Volkes verstanden hat oder ob es nur an der Zusammensetzung der Rechnungsprüfungskommission liegt. Ihr könnt nach meinen Ausführungen sicher erahnen, dass die Freien Wähler von dem Geschäft äusserst begeistert sind und das möchte ich, wie auch meine Vorredner, in drei Punkten aufzeigen.

1. Punkt; die grosse Frage bei der Gestaltung des neuen Areals ist, welche Nutzung vom Volk gewünscht wird, welche Bedürfnisse abgedeckt werden müssen und was letztendlich vor dem Volk auch mehrheitsfähig sein wird. Um das zu beantworten, wurde eine Echo-Gruppe eingesetzt, bestehend aus verschiedenen Vertretern von verschiedenen Interessensgruppen der Adliswiler Bevölkerung und ohne die gewählten Behördenmitglieder, das finde ich noch wichtig. Das Resultat kann folgendermassen kurz zusammengefasst werden: Es soll ein nachhaltiges, hochwertiges Gesamtkonzept erarbeitet werden, welches die Bedürfnisse für Freiraum und Park und Kultur und Begegnung erfüllt und weitere Nutzungen in Reservezonen offenhält. Die Erwartungen von der Bevölkerung sind also klar ersichtlich. Wir sehen hier eigentlich keinen Spielraum.
2. Wir stehen vor einer einmaligen Chance und Gelegenheit, an bester Stelle im Zentrum von Adliswil eine Oase für die Adliswiler Bevölkerung zu gestalten. Die Hauptnutzung und Ziele sind durch Gruppen aus der Bevölkerung breit abgestützt. Wir haben ein klar strukturiertes Projekt in gut beschriebenen Phasen, welche ausgewogene Lösungen zwischen teilweiser Realisierung und klaren Komponenten, wie z. B. Park und Freiraum bei gleichzeitiger Freihaltung von grosszügigen Baufeldern für zukünftige Generationen, beibehält.
3. Letztendlich ist die wichtigste Komponente dieses Geschäfts das partizipative Verfahren mit Einbezug von verschiedenen Gruppen. Die grössten Gruppen der Adliswiler Parteien sind zu gleichen Teilen vertreten. Also 16 Mitglieder, dazu kommen 6 Fachberater und der sechsköpfige Projektausschuss. Wir können damit sehen, wo das Gewicht liegt, nämlich bei den Adliswiler Parteien. Das hat es vermutlich in dieser Art noch nie gegeben bei solchen Geschäften.

Mit diesem Geschäft und der partizipativen Mitgestaltung durch politische Vertreter, stehen wir alle vor einem grossen Systemwechsel, was natürlich Unsicherheiten und Bedenken auslöst. Für eine Partei, die nur Oppositionspolitik betreibt, ist das natürlich überhaupt kein gangbarer Weg. Aber es ist an der Zeit, sich selber zu engagieren, selber mitzugestalten, denn ein Geschäft durch die Verwaltung vorzubereiten ist zeitaufwändig, teuer und unsinnig, falls es dann in der Ratssitzung Schiffbruch erleidet. Solche Leerläufe können wir uns auf Dauer nicht mehr leisten, es bindet unnötig Ressourcen in der Verwaltung und kreierte letztendlich nur Arbeit für den elektronischen Papierkorb. Übernehmen wir nun eine aktive Rolle und Verantwortung in dieser Sache, arbeiten an Lösungen anstatt nur zu kritisieren, zeigen Mut für einen neuen Lösungsansatz und beteiligen uns aktiv an der Gestaltung des Adliswiler Zentrums, indem wir den Antrag der Rechnungsprüfungskommission ablehnen und dem Antrag des Stadtrates folgen.

Vielen Dank für Eure Unterstützung, die Adliswiler Bevölkerung wird es Euch danken.

Heinz Geissler (FDP)

Die Entwicklung Zentrum Ost ist trotz vieler Jahre der Unsicherheit eine Herzensangelegenheit für alle Adliswilerinnen und Adliswiler. Ein lebendiges Zentrum mit starker Identität und Nutzungen für verschiedenste Zielgruppen liegt im Interesse von uns Allen.

Rund fünf Jahre nach der Volksabstimmung haben wir heute ein weiteres Projekt, welches zur Debatte steht. Die erwähnten Workshops bestehen aber nicht erst seit letzter Zeit, sondern die bestehen schon seit dem ersten Projekt. Nun ist es bereits das Dritte an diesem Ort. Vor etwa 20 Jahren wurde ein erstes Projekt Zentrum Ost ebenfalls im Parlament abgelehnt. Das Zweite wurde vom Grossen Gemeinderat unterstützt, scheiterte aber in der Volksabstimmung. Jetzt also das dritte Projekt. Dabei fällt folgendes auf:

Es handelt sich um ein stark redimensioniertes Projekt. Kernstück ist eine Parkanlage und der Zugang zur Sihl sowie eine Lösung für die Grundsteinhäuser.

Die mutmasslichen Kosten sind dennoch horrend hoch. Und, auch wenn das die damaligen Abstimmungssieger nicht gerne hören werden, ich erwähne es trotzdem: beim letzten Projekt hätten wir den Sihl-Zugang und einen Parkanteil vom Investor bezahlt erhalten.

Die Redimensionierung zeigt aber auch, dass sich der Stadtrat bewusst ist, dass die Interessen und Wünsche ganz unterschiedlich sind. Dies hat auch zur damaligen Ablehnung geführt. Wenn so Viele und aus verschiedensten Gründen nein sagen, dann ist es schwierig, etwas Mehrheitsfähiges auf die Beine zu stellen. Davon zeugt auch das Partizipationsverfahren, das eine gewisse Hilflosigkeit des Stadtrats zeigt.

Die FDP findet es grundsätzlich richtig, dass das Projekt redimensioniert wurde. Im Sinne des Bedürfnisses nach attraktiven Aussenräumen bei stetiger Verdichtung, ist es sinnvoll, lediglich einen Park und einen Sihl-Zugang umzusetzen sowie eine Lösung für die Grundsteinhäuser zu finden. Wir wollen, dass auch etwas Nachhaltiges entstehen wird, das auch für die kommenden Generationen attraktiv sein wird.

Auch wenn wir die Fokussierung des Projekts richtig finden, weisen wir den Projektierungskredit an den Stadtrat aus folgenden vier Gründen zurück:

Erstens: Wir finden die Projektierungskosten exorbitant hoch. Gemäss Kostenschätzung soll z.B. der Park 1,5 Millionen Franken kosten. Genauso viel will der Stadtrat für die Projektierung ausgeben. Das ist ein Missverhältnis. Wir planen grössere Projekte für viel weniger als 1,5 Millionen Franken. Es scheint, dass sich hier vor allem die Beratungs- und Planungsfirmen an Adliswil gesundstossen können und wollen.

Zweitens: Es hat diverse Bestandteile, die "nice to have" sind. Dazu gehört zum Beispiel der neue Sihlsteg. Auch der soll 1,5 Millionen Franken kosten.

Drittens: Sollte das Projekt in die einzelnen Bausteine gestückelt und diese dann auf dem ordentlichen Verfahren dem Parlament vorgelegt werden.

Viertens: Ist das partizipative Verfahren zu überdenken. Wir erachten dies wie gesagt vor allem als Zeichen von Hilflosigkeit. Die Suche nach Mehrheiten muss man nicht mit einem Prozess durchführen, an dem sich Beratungsfirmen eine goldene Nase verdienen können. Das ist einzig und allein Aufgabe der Politik.

Eine Rückweisung macht dies möglich und reduziert auch die Risiken eines weiteren Absturzes wie in den vorherigen beiden Projekten. Geben wir dem Stadtrat die Chance, das Projekt abzuspecken und mehrheitsfähiger zu machen.

Wolfgang Liedtke (SP)

Ich möchte mit einem Missverständnis aufräumen bei Dir, Sebastian. Du hast beklagt, es gäbe eine Schwammigkeit bei der Vorstellung des Projektes. Das ist so angelegt, denn das Projekt hat ja noch nicht gestartet, noch nicht mal das Vorprojekt hat gestartet. Oder wäre es Dir lieber, wenn Karin und Farid bereits das Gesamtkonzept und die einzelnen Module definiert hätten und wir würden es nur noch abnicken? Also in dem Fall ist mir ein hilfloser Stadtrat, lieber Heinz, der uns und auch die Bevölkerung miteinbezieht, lieber. Partizipation geschieht ja deshalb, weil das letzte Projekt durch die Bevölkerung abgelehnt wurde.

Thomas Iseli (FDP)

Es tönt so, als die Vorgänger unseres Stadtrats hier eine ganz schlechte Arbeit gemacht hätten. Gegen das möchte ich mein Votum an Euch alle richten. Denn auch dazumal war das Projekt sehr breit abgestützt, man ist auf die Bedürfnisse eingegangen und man hat dem Projekt hier im Rat zugestimmt, auch wenn das Heinz vielleicht nicht wahrhaben will. Das müssen wir uns einfach ganz klar bewusst sein. Das frühere Projekt hat sehr viel auch beinhaltet, was jetzt gewünscht wird. Darum möchte ich den Stadtrat doch auffordern, das Projekt hervorzuholen und nochmals anzuschauen und zu studieren. Das Projekt war ausgewogen und zukunftsgerichtet. Der Investor hätte den Sihl-Zugang gewährt und bezahlt, einen Park entstehen lassen. Von gewissen Seiten wird ein Stadtsaal gefordert, auch der wäre in diesem Projekt drin gewesen und hätte uns nichts gekostet. Aber vielleicht mögen sich nur die wenigsten daran erinnern. Der Stadtsaal wäre nicht irgendwo an der Peripherie gewesen, wie z.B. bei der ZIS, weg vom Schuss, sondern völlig zentral. Wir hätten Gastro und Hotels gehabt. Es sind sehr, sehr viele Punkte, die jetzt auch wieder durch das Volk in dieses neue Projekt eingeflossen sind. Einen Unterschied hätte es gegeben, nämlich die Grundsteinhäuser wären beim ersten Projekt nicht mehr vorhanden gewesen. Sondern es hätte dort am Brückenkopf ein relativ grosses Gebäude gegeben für Gewerbe und Wohnungen. Ja, Wohnungen sind ja heute auch überall gesucht, das wäre doch eine gute Sache. Also, ich glaube die damaligen umtriebigen Adliswilerinnen und Adliswiler sind jetzt gefordert, das heutige Projekt vielleicht nochmals auf Herz und Nieren zu prüfen und durchzudenken, weil ihre Vorgänger, die das Projekt damals in den Rat gebracht haben, hatten auch einiges an Brain investiert. Hatten eigentlich eine tolle Lösung aufs Papier gebracht, welche der Rat ja durchgewinkt hatte. Ob es jetzt noch weitere zeitliche Verzögerungen gibt, ist fast müssig zu diskutieren, aber dass es Kosteneinsparungen geben sollte, da sind wir uns wohl alle einig, wir haben die Zahlen mehrmals gehört. Aus all diesen Gründen würde ich meinen, sollte man den Rotstift nehmen und dem Stadtrat eine gute, ausgereifte Sache abverlangen. Damit wir dann schlussendlich alle eine gefreute Sache haben, dort als Zentrum an der Sihl mit Zugang, mit Park und so weiter.

Angela Broggini (GP)

Wenn ich hier zuhöre und ein wenig zusammenfasse, muss ich sagen, dass eigentlich alle dieses Projekt gar nicht so schlecht finden, ausser Du, Thomas. Aber ansonsten wurde eigentlich am Projekt selber nicht so viel ausgesetzt. Darum wundert

es mich, dass man nur aufgrund von Kosten nicht anpacken will. Glauben Sie, dass es bei einem nächsten Projekt einen Konsens geben wird? Ich kann mir das, ehrlich gesagt nicht ganz vorstellen. Die ewigen Rückweisungen und Projektierungen führen auch zu Kosten, denn unsere Stadträte arbeiten nicht gratis. Was bis jetzt geleistet wurde, sind auch Kosten. Ein weiteres Projekt wird auch wieder kosten, wir verbraten einfach das Geld, bevor wir überhaupt mit einem Projekt anfangen, das ist meine Meinung. Auch brauchen wir wieder Zeit dafür, also überlegt es Euch doch bitte nochmals. Lasst uns doch einfach mal beginnen.

Sebastian Huber (SVP)

Liebe Angela, ich stimme Dir zu, Verzögerungen kosten immer Geld. Aber vielleicht wäre ja sinnvoll, wenn man ein Projekt schon von Anfang an abgespeckt präsentieren würde. Weil spätestens nach dem Projekt Garderoben für 10 Millionen sollte man doch wissen, dass solche teuren Projekte nicht einfach durchgewinkt werden. Korrekt, der Stadtrat arbeitet nicht umsonst, er bekommt Steuergelder für seine Arbeit. Nachher werden Steuergelder ausgegeben für die Projekte. Ich finde es durchaus richtig, dass eine Kommission, die sich Rechnungsprüfungskommission nennt, genau auf solche Sachen schaut. Du sagtest eingangs, es gehe nur um Kosten, aber es geht doch genau um Kosten. Es ist doch fatal, und das sagte Thomas richtig, wenn man die Projektierung und das Projekt bewilligt bekommt und anschliessend beim Volk durchfällt. Das würde mich als (damaliger) Stadtrat aufregen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die politischen Parteien, die das Projekt heute ablehnen, bei einer Abstimmung nicht einfach zustimmen werden. Das heisst, das Risiko besteht, dass dieses Projekt auch wieder abgelehnt wird. Das will ich persönlich nicht, denn es ist richtig, dass etwas gemacht wird. Es ist auch kein Widerspruch, wenn wir sagen, das Projekt ist gut, aber die Kosten der Projektierung, Thema Beratungsfirmen, müssten schlanker gehalten werden. Wir sind überzeugt, dass es schlussendlich weniger kosten und effizienter geplant werden kann. Deswegen plädiere ich für die Rückweisung.

Gabriel Mäder (GLP)

Die GLP hatte sich seinerzeit auch dafür eingesetzt, damit wir ein anderes Projekt bekommen. Wir waren sehr glücklich über die Volksabstimmung damals, so konnte man das Projekt nochmals neu aufgleisen. Da wir heute eine andere Ausgangslage haben, würde es sehr schwer sein, einen Investor zu finden, der das alte Projekt übernehmen würde. Darum bin ich der Meinung, dass es ruhig in der Schublade bleiben kann.

Wir sind jetzt mit dem neuen Projekt gerne auf dem richtigen Weg, wir von der GLP sehen sehr gut, was hier ausgearbeitet wurde von der Metron-Group und der beteiligten Echo-Gruppe, es wurde ein grosser Konsens gefunden. Trotzdem, der Konsens ist natürlich entstanden, weil man darauf verzichtet hat, dem Ganzen ein Preisschild umzuhängen. Und über dieses Preisschild müssen wir nun hier drinnen entscheiden. Manchmal sind wir hier im Regierungsrat die Buhmänner, so auch heute. Aber schlussendlich können wir nicht wissen, ob so ein Projekt umzusetzen nicht eine Steuerfusserhöhung von 2, 3% bedeutet. Wir wissen zwar, in welche Richtung es geht mit den Kosten, aber wie wir dann für diese Kosten aufkommen, ist noch nicht gezeigt worden. Das ist einer von den Punkten, weshalb wir dieses Projekt jetzt entschleunigen wollen. Der andere Punkt wurde heute Abend auch wieder deutlich. Die Einigkeit, die in der Echo-Gruppe herrschte, herrscht hier im Rat noch

nicht. Wir hörten es, von einer SVP, einer FDP, die ganz unterschiedliche Ansichten zu der linken Ratshälfte haben. Darum, auch wenn wir grundsätzlich vorwärts gehen und der Bevölkerung endlich etwas bieten wollen, anstatt ewig zu diskutieren, haben wir in der Rechnungsprüfungskommission den Vorschlag gebracht, zuerst einmal den Masterplan auszuarbeiten, wie es die Metron anfangs in ihrem Projekt vorgeschlagen hatte, dass wir eine halbe Million Kredit sprechen, damit die Phase 2, der Masterplan, ausgearbeitet werden kann. In dieser Ausarbeitung kann man dann darüber reden, was schlussendlich auf dem Areal entstehen soll. Das ergäbe eine höhere finanzielle Planungssicherheit. Das wurde so eigentlich in der Dokumentation von der Metron vorgeschlagen. Warum der Stadtrat uns jetzt Phase zwei und drei in einem Projekt vorgelegt und dafür den Kredit erhöht hat, erschliesst sich uns leider nicht. Wir hätten Hand geboten, um in kleinen Schritten vorwärts zu gehen, aber so müssen wir uns leider, falls nichts Anderes auf den Tisch kommt, dieser Rückweisung anschliessen.

Stadträtin Karin Fein

Die Entwicklung des Areals Zentrum Ost ist für unsere Stadt ein wichtiges Projekt. Einerseits, weil es aufgrund seiner Zentrumslage eine Visitenkarte für unsere Stadt darstellt und ein hohes Potential hat, zu einem beliebten Begegnungsort mit hoher Aufenthaltsqualität zu werden. Mit dieser Überzeugung und den positiven Erfahrungen der Partizipation seitens der Bevölkerung bei der Erstellung eines Zielbildes für das Areal Zentrum Ost, schlägt der Stadtrat Ihnen erstmals vor, bei der Präzisierung der gewünschten Nutzungen und damit bei der Gestaltung des künftigen Zentrums Ost mitzuwirken.

Wie ich den Voten entnommen habe, ist ein Teil von Ihnen durchaus bereit, sich auf diese Aufgabe einzulassen. Sie wären bereit, bei den Vorbereitungen der Entscheidungen mitzuwirken, welche für eine Realisierung dieser aus der Mitwirkung der Vereine und Interessengemeinschaften hervorgegangenen Bausteine des Areals in einem Gesamtkonzept notwendig wären.

Ein Teil der Rechnungsprüfungskommission hingegen beantragt, dass keine Mitwirkung des Gemeinderats erfolgen soll, sondern der Stadtrat Baustein um Baustein präzisieren und fertige Lösungen zum Entscheid vorlegen solle. Für die Präzisierung der Bausteine muss einerseits die Erschliessung des Areals aber auch die Nutzung des Freiraums zuerst konzipiert werden. Dies unabhängig voneinander und wie gefordert, sequenziell zu tun, verursacht einerseits erhebliche Mehrkosten in der Gesamtplanung und lässt die Realisierung zeitlich in weite Ferne rücken.

Der Vorschlag der Rechnungsprüfungskommission ignoriert ausserdem, dass Projektdefinition und Machbarkeitsstudie die Grundlagen für einen gescheiterten und effizienten Masterplan für den Umgang mit den Häusern Zürichstrasse 1 und 3 und auch für den weiteren Umgang mit dem Freiraum bilden. Die Bausteine einzeln zu entwickeln entspricht daher dem Grundsatz des von Ihnen doch sonst immer geforderten effizienten Mitteleinsatzes eben gerade nicht!

Der Rückweisungsantrag ist aber natürlich auch eine klare Absage an das vorgeschlagene partizipative Verfahren - die wir auch so zur Kenntnis nehmen müssen. Persönlich bin ich überzeugt, dass das vom Stadtrat vorgeschlagene Vorgehen einen deutlich effizienteren Mitteleinsatz zur Folge hätte. Weil eben gerade ein Scheitern des Projektes in diesem Rat durch Ihre Mitwirkung in der Projektentwicklung vermieden werden könnte. Ein Projekt, das unter Ihrer Mitwirkung entwickelt wurde,

würde zudem durch die breite Abstützung im Rat auch das Vertrauen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne gewinnen.

Zu Projekten nur noch ja oder nein sagen zu können und in Projekten nicht mitreden zu können, haben Sie in der Vergangenheit mehrfach kritisiert - ein erneutes "Take it or leave it" wird von vielen auch als eigentlich undemokratisch empfunden. Heute könnten Sie dies für einmal ändern.

Sie entscheiden heute, ob Sie später einmal sagen können: Bei diesem für unsere Stadt zentralen Areal konnte ich direkt mitwirken.

Ratspräsident Reto Buchmann

Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Sie haben damit Eintreten beschlossen und wir kommen jetzt zum Rückweisungsantrag.

Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission beantragt die Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat mit dem Auftrag eine Vorlage auszuarbeiten, welche die Sequenzierung einzelner Bausteine zur effizienten Steuerung des Projekts, die Festlegung klar definierter Kreditobergrenzen für einzelne Bausteine sowie die Genehmigung einzelner Bausteine durch den Grossen Gemeinderat umfasst.

Keine Wortmeldung.

Ratspräsident Reto Buchmann

Wir **stimmen** nun über den **Rückweisungsantrag** ab.

Sie haben mit 20 zu 13 Stimmen und 0 Enthaltungen dem Antrag der Rechnungsprüfungskommission zugestimmt.

Sie haben die Vorlage an den Stadtrat zurückgewiesen und den Auftrag erteilt, dem Grossen Gemeinderat eine überarbeitete Vorlage vorzulegen. Diese soll die Sequenzierung einzelner Bausteine zur effizienten Steuerung des Projekts, die Festlegung klar definierter Kreditobergrenzen für einzelne Bausteine sowie die Genehmigung einzelner Bausteine durch den Grossen Gemeinderat umfassen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

5. Bericht der Geschäftsprüfungskommission über ihre Tätigkeit im Jahr 2023-2024 (GGR-Nr. 2022-439)

Renato Jacomet (SVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission

Wie jedes Jahr und laut Art. 28quater der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats, heisst es:

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) erstattet dem Rat einmal jährlich einen schriftlichen Bericht über Ihre Tätigkeit im Rahmen der Oberaufsicht. Dieser Bericht wird vom Rat zur Kenntnis genommen.

Auch dieses Jahr verzichte ich darauf, den Bericht und die Prüfberichte vorzulesen. Ich werde kurz auf einige Punkte eingehen.

Die GPK hat im Jahre 2023/2024 in der Kommission in unveränderter Besetzung sehr gut zusammengearbeitet. Die Gruppe funktioniert ausgezeichnet und arbeitet konstruktiv und motiviert. Verschiedene Ansichten und Meinungen werden respektiert und ausdiskutiert. Ich danke allen Kommissionsmitgliedern recht herzlich für Ihre Arbeit und die sehr gute Zusammenarbeit. Herzlichen Dank an unsere Protokollführerin Lisa Gasner. Sie behält jederzeit den Überblick, was bei den lebhaften und zuweilen sprunghaft ändernden Gesprächsverläufen nicht immer einfach ist.

Der Diskurs mit den eingeladenen Gästen (Stadträte, Ressortverantwortliche) verläuft informativ und wohlwollend, was eine wichtige Voraussetzung ist für eine gute Zusammenarbeit. Auch hier danke ich dem Stadtrat und der Stadtverwaltung recht herzlich. Die GPK ist sehr bedacht, dass die Gewaltentrennung sauber eingehalten wird (siehe GPK-Leitfaden).

Im GPK-Jahresbericht, im Leitfaden und in den Prüfberichten finden Sie Einblick in die Themen, den Status der Prüfungen, die Übersicht zu den Prüfungsergebnissen und die aktuelle Pendenzenliste.

- Laufende Fristenkontrolle, Vorstösse von Gemeinderäten im Grossen Gemeinderat
- Die GPK prüft und berät den Legislaturplan 2022 – 2026
- Überarbeitete den Leitfaden Geschäftsprüfungskommission Adliswil
- Erstellte den Bericht Cyber Risk & Informationssicherheit
- Erstellte den Bericht Vertragsmanagement in der Stadtverwaltung Adliswil

Das sind die Arbeiten der GPK im Rahmen ihrer Oberaufsichtsfunktion im vergangenen Jahr.

In der Übersicht zu den Prüfungsergebnissen möchte ich folgendes erwähnen:

Gibt es Fälle, bei denen die Stadt Adliswil von "Best Practice" abweicht?

Da sind der GPK die folgenden Punkte aufgefallen.

Ja, z.B. eine Whistleblower Lösung;

Ja, Compliance: Nachweis und Kontrollumfeld zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen;

Ja, ein einheitliches IKS, welches sich über die ganze Stadtverwaltung erstreckt, (fehlt zurzeit)

Zum GPK-Leitfaden:

Die GPK hat den GPK Adliswil Leitfaden überarbeitet und mit dem Kantonalen Gemeindeamt abgestimmt. So zum Beispiel die Frage der Stellvertretung in den Kommissionen des Grossen Gemeinderats.

Ergebnis: Eine Stellvertretung ist gemäss Art. 13 GschO GGR in der GPK nicht möglich. Auskunft vom Gemeindeamt Zürich vom 30.8.2023: "Parlamentarier, die wegen Mutterschaftsurlaub, Unfall oder Krankheit ausfallen, können derzeit nicht vorübergehend durch Stellvertreter ersetzt werden. Hierfür müsste eine genügende Rechtsgrundlage im kantonalen Recht geschaffen werden, welche die Änderung der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes bedingen würde. Zurzeit ist eine solche Vorlage in der Vernehmlassung".

Das GPK-Riskmanagement ist ein internes Arbeitsinstrument für Kommissionsarbeit.

Die Behörden und die Verwaltung unterliegen der Oberaufsicht des Parlaments. Die Geschäftsprüfungskommission nimmt in dessen Auftrag und als vorbereitende Kommission diese Aufsichtsfunktion wahr. Die Geschäftsführung des Stadtrats, der Stadtverwaltung, sowie die Arbeit der Exekutivkommissionen unterliegen der risikobasierten Oberaufsicht der Geschäftsprüfungskommission. Stadtratsbeschlüsse und Massnahmen der Behörden haben den Kriterien der Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit zu entsprechen.

Die GPK zielt vor allem darauf ab, dass die Beaufsichtigten selbst ein gutes Risikobewusstsein haben und ein effektives Risikomanagement betreiben. Der Einbezug von Risiko-Überlegungen in der Geschäftsführung und im Alltagsbetrieb der Behörden bringt eine Reihe von Vorteilen, wie z.B. Effizienzsteigerungen, tiefere Fehlerquoten, Qualitätssteigerung der erbrachten Dienstleistungen etc., was letztlich zur Zufriedenheit aller Beteiligten führt - der Bevölkerung wie auch der Angestellten der öffentlichen Verwaltung und deren Vorgesetzten.

Die GPK verwendet z.B. eine Risikomatrix, um die Risiken der Stadt Adliswil transparent zu machen und regelmässig zu bewerten. Nebst der Risikoidentifizierung wird eine Risikomatrix auch eingesetzt, um Prüfgebiete zu bestimmen und zu priorisieren. Auch in der Überarbeitung und Nacharbeit vergangener Prüfungen spielt die Risikomatrix eine wichtige Rolle: Die GPK untersucht Prüfungsergebnisse auf mögliche Restrisiken hin und nimmt aufgrund aktueller Informationen regelmässige Neubeurteilungen vor.

Das Reputations-Risiko zu verhindern und zu minimieren wird von der GPK auch berücksichtigt. Wie bereits erwähnt ist dies ein internes Arbeitswerkzeug der GPK.

Legislaturplan 2022 – 2026:

Die GPK hat über die Formulierung der Legislaturziele 2022 bis 2026 beraten und diskutiert. Sie hat festgestellt, dass einige Ziele konkret und greifbar, andere hingegen eher schwammig formuliert sind. Wie bereits am Ende der letzten Legislatur vorgeschlagen, bittet die GPK den Stadtrat künftig, in der Formulierung der Leitsätze darauf zu achten, dass die zeitliche und finanzielle Zielerreichung sowie Risikoeinschätzungen zu den laufenden Projekten greifbar formuliert werden.

Im GPK-Jahresbericht finden sie im Anhang die Anlagen

- Bericht Cyber Risk & Informationssicherheit
- Bericht Vertragsmanagement in der Stadtverwaltung Adliswil
- Überarbeiteter Leitfaden Geschäftsprüfungskommission Adliswil

Ich komme zum Schluss:

Die Ampelfarben, mit denen die Berichte zur Oberaufsicht gekennzeichnet sind, dienen der GPK zur raschen Orientierung über das weitere Vorgehen. Neu wird die GPK sich regelmässig mit der Rechnungsprüfungskommission austauschen.

Wie bereits erwähnt:

- Die GPK ist darauf bedacht, dass die Gewaltentrennung sauber eingehalten wird.

- Die GPK bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Stadtverwaltung.
- Bei Unklarheiten wünscht sich die GPK einen raschen, offenen und beidseitig proaktiven Austausch mit dem Stadtrat, mit den GGR-Kommissionen und mit den GGR-Mitgliedern.
- Die GPK begrüsst auch konstruktive Kritik.
- Das Ziel der GPK ist es, mit allen Beteiligten: mit dem Stadtrat, mit dem Gemeinderat und mit der Stadtverwaltung zusammen einen Mehrwert für die Stadt Adliswil zu schaffen.

Wolfgang Liedtke (SP)

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern der GPK für den Jahresbericht. Er ist wie gewohnt klar gegliedert und informativ. Zwei Bemerkungen möchte ich gerne machen.

Unter der Überschrift Riskmanagement hält der Bericht fest: "Der GPK ist es wichtig, unnötigen Aufwand für die GPK und die Beaufsichtigten zu vermeiden ...". Wenige Zeilen oberhalb aber schildert die GPK, wie sie Ende August mit dem Kantonalen Gemeindeamt die Frage der Stellvertretung in den Kommissionen des Grossen Gemeinderats abgeklärt hat. Um diese Frage zu beantworten, hätte ein Blick in die Protokolle des Büros gezeigt, dass dieselbe Frage dort wenige Wochen zuvor behandelt und geklärt worden war. Den Aufwand hätte die GPK also vermeiden können.

Ein weiterer Punkt, der mir aufgefallen ist, ist die zustimmende Berichterstattung zur Arbeit der Verwaltung mit dem GEVER-System CMI. Es freut mich, dass die Verwaltung bei der Digitalisierung Fortschritte macht. Aber was ist mit den Kontrollorganen der Verwaltung, also dem Parlament und seinen Kommissionen? Bei uns hinkt die Einführung und volle Nutzung des CMI noch weit hinter den Möglichkeiten zurück. So haben gerade die Kommissionen heute noch keine Möglichkeit, das GEVER-System mit seinen Werkzeugen zum Co-Working und seine Ablagemöglichkeiten zu nutzen. Stattdessen wird von den meisten Kommissionen eine Ablage in Dropbox verwendet, was aus datenschutzrechtlichen Gründen sehr bedenklich und wenig benutzerfreundlich ist. Archivierungen erfolgen auf USB-Sticks, Sicherungskopien existieren nicht. In meinen Augen ist die unzureichende Ausstattung des Parlaments nicht länger hinnehmbar. In der GPK war das eigentlich schon in der letzten Legislaturperiode Thema. Ich würde es begrüssen, wenn neben dem Büro auch die GPK hier mehr Druck auf die Verwaltung ausüben würde, damit die Schieflage bei den Arbeitswerkzeugen zwischen Verwaltung und Politik in absehbarer Zeit beseitigt wird. Nochmals vielen Dank für den Bericht.

Renato Jacomet (SVP)

Es war nur ein Beispiel, einen Satz, den wir zum Schluss noch gestellt haben. Wir schauten mit dem Kanton noch verschiedene weitere Sachen an. Wenn Ihr den GPK-Leitfaden durchschaut, seht Ihr, dass wir dort noch Anderes angepasst haben. Wir machen diesen Leitfaden für den Fall einer Abwahl von uns, damit sich neue Mitglieder dort orientieren können. Dort sieht man auch, dass im Kantonsrat etwas in der Vernehmlassung ist, nämlich, dass bei einem Mutterschaftsurlaub einen Ersatz gestellt werden kann.

Stadtpräsident Farid Zeroual

Ich danke der GPK für ihre Prüfung. Es hat im Ressort Präsidiales vor allem zwei Bereiche betroffen, welche in diesem Bericht erwähnt werden. Die Zusammenarbeit diesbezüglich habe ich sehr konstruktiv erlebt. Sie wurde sehr umsichtig durchgeführt und es ist der Sache mit sehr viel Interesse auf den Grund gegangen worden. Nebst der Prüfung von der Oberaufsicht möchte ich noch das Wort, das Wolfgang aufgegriffen hat über die Einführung der Digitalisierung aufnehmen. Die Stadtverwaltung arbeitet sehr wohl und sehr gut mit dem CMI. Es liegt aber weder an der Verwaltung noch an der Exekutive, die Digitalisierung voranzutreiben, sondern das fällt in die Kompetenzen des Grossen Gemeinderats. Ich würde ihm jetzt aber nicht raten, das Tempo kurzfristig zu beschleunigen, das CMI wird ein neues Webinterface bekommen, es wird diesen Sommer gerolloutet werden. Ich denke, damit werden dann viele Werkzeuge, die den Gemeinderat interessieren könnten, zur Verfügung stehen. Ich ermutige den Grossen Gemeinderat, im Sommer dann intensiver von diesem Instrument Gebrauch zu machen.

Wolfgang Liedtke (SP)

Nach meinen Informationen spielt die Verwaltung schon eine Rolle dabei, dass wir hinterherhinken bei der Einführung von CMI, weil wir nämlich die Ressourcen der Verwaltung benötigen für die Einführung und die stehen uns offenbar zur Zeit nicht zur Verfügung. Natürlich hängt es auch an uns, das ist richtig, aber ohne die Ressourcen der Verwaltung kommen wir da nicht weiter.

Ratspräsident Reto Buchmann

Mit der Diskussion über den Bericht der Geschäftsprüfungskommission über ihre Tätigkeit im Jahr 2023-2024 wurde dieser zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist erledigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 20.50 Uhr



Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin